



IM KREISTAG * LANDKREIS GÖPPINGEN

HAUSHALTSREDE 2014

zu Kreishaushalt 2015

**DER KREISHAUSHALT
NUR mit der LINKEN
„ÜBERRASCHEND SOZIAL“
- Dort helfen wo es klemmt –
soziales und ökologisches
Engagement fördern!**

Göppingen, den 12.Dezember 2014
es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Landrat Wolff,
geschätzte Kolleginnen und Kollegen,
verehrte Mitarbeiter der Kreisverwaltung,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
werte Damen und Herren von den Medien,

- Ja, wir LINKE machen Politik nicht als Selbstzweck, sondern für die Interessen der breiten Bevölkerung, auch wenn uns manche daraus gerne einen Strick drehen und uns Populismus vorwerfen.
- Ja, wir LINKE ringt um politische Mehrheiten, innerhalb und außerhalb von Parlamenten, auch wenn uns andere deshalb Illusionen und Realitätsferne vorwerfen.
- Ja, wir LINKE kritisieren auch die Landkreisverwaltung, wo Sie unserer Meinung nach Fehler macht und setzen uns kritisch und konstruktiv damit auseinander.

Ich gebe zu, der Anspruch ist groß, bewerten Sie, wenn Sie Lust haben selbst, bzw. wenn Sie dass bei DER LINKEN überhaupt wollen, ob wir dem Anspruch gerecht werden.

Aber lassen Sie mich zu Ihnen ehrlich sein:

Am wichtigsten ist der LINKEN allerdings der Zuspruch der Bevölkerung. Ein Direktmandat aus dem Stand, also einen Sitz nicht über die Liste, war schon toll für uns. Ein Wahlergebnis für den Kreistag, besser als DIE LINKE an der Landtagswahl landesweit erzielte und das, obwohl wir nur in 5 von 10 Kreistagswahlkreisen angetreten sind, macht uns stolz. Dies ist der LINKEN Wertschätzung genug durch die Bevölkerung. Wir, ich, betrachte das als einen klaren politischen Auftrag und somit als eine Verpflichtung!

So werden Sie also heute erstmalig in diesem Sitzungssaal mit einer Haushaltsrede eines Linkspolitikers konfrontiert.

Lassen sie mich einleitend mit einem europäischen Bezug beginnen. Der Euro und damit die europäische Wirtschaftskraft sind seit Jahren ständig in Gefahr und wir haben hier mit den Kreisfinanzen und im Kreishaushalt 2015 im Vergleich zu den Vorjahren dennoch eine entspanntere Situation.

Ein Jammerlied müssen wir dieses Jahr nicht anstimmen, weil die Wirtschaft derzeit – noch geradeso – brummt und die erwarteten Ausgaben für soziale Pflichtaufgaben im Kreis einigermaßen stabil sind und die Steuereinnahmen höher ausfallen als im letzten Jahr erwartet.

Sparhaushalte sind nicht der Ausweg, Schulden machen auch nicht. Aber die Schulden der öffentlichen Haushalte sind die Profite und Überschüsse der anderen. Die Profiteure dabei sind vor allem private und finanzmarkt-orientierte Banken.

Der Verlauf des Haushaltsjahres 2014 zeigt, dass die Entwicklung im Ergebnishaushalt besser war als zunächst geplant, so dass die Liquidität des Landkreises gestärkt wurde. Trotzdem müssen wir mit den finanziellen Ressourcen sorgfältig umgehen und Prioritäten setzen, die nicht nur von Schuldenabbau sondern auch von Investitionen und unserer politischen Verantwortung getragen sind.

Bundespolitische Reformen, die von Ihren Parteien so gepriesen werden, erst unter Rot/Grün, Schwarz/Rot, dann Schwarz/Gelb und nun der augenblicklichen Koalition, also z.B. die unsäglichen Regelungen zu Hartz 4 und zur weiteren Deregulierung des Arbeitsmarktes, haben mit dazu geführt, dass es auch im Landkreis Göppingen wachsende Armut und Existenzängste gibt.

Auch DIE LINKE findet den neuen Imagefilm des Landkreises gelungen, so gelungen, dass er sogar auf der Webseite meiner Kreispartei auf der Startseite steht.

Für die von Armut und prekären Lebensverhältnissen betroffenen Menschen bringen allerdings Imagepflege nicht wirklich etwas!

Gerade die „stabile“ Anzahl der Langzeitarbeitslosen sollten doch mit den von Ihren Parteien gepriesenen Reformen verringert werden, das ist auch für den Landkreis Göppingen gescheitert.

Auch das Anwachsen von sogenannten „Aufstockern“, deren Arbeitslöhne zur Deckung des Lebensunterhalts nicht mehr ausreichen, ist ein Beleg für das Scheitern der schwarz-rot-grün-gelben, falschen und bis heute nicht wirklich korrigierten Hartz 4 und Arbeitsmarktpolitik.

Ich rechne es Ihnen Herr Landrat Wolff und Ihrem Sozialdezerneten Herrn Gramlich hoch an, dass Sie versuchen das Best mögliche gestalterisch im Sozialetat umzusetzen.

Aber können Sie mir sagen Herr Landrat Wolff und vor allem Sie werte Kolleginnen und Kollegen, warum in einem der wirtschaftsstärksten Landkreise, bei nach den Worten Ihrer Parteien „relativ stabilen Arbeitsmarkt“, immer mehr Menschen, trotz Ganztagsarbeit, auf Unterstützung angewiesen sind?

Ja, Hartz 4 und andere Reformen haben geholfen, der deutschen Wirtschaft und den Profiten der Konzerne und Banken, nicht aber den Hilfsbedürftigen und den Arbeitnehmern im Kreis.

Es mag für einige von Ihnen ungewöhnlich sein, dass ein linker Abgeordneter das Wahlprogramm der SPD zitiert. Doch scheint es angebracht zu sein angesichts unserer Haushaltslage.

Ich zitiere:

„Wir wollen eine gerechte und moderne Gesellschaft. Dafür brauchen wir einen handlungsfähigen Staat, der in der Lage ist, seine Aufgaben für ein solidarisches Gemeinwesen zu erfüllen. Die Menschen müssen sich darauf verlassen können, dass Daseinsvorsorge, Sicherheit, soziale Sicherung, Bildung, Infrastruktur und Kultur für alle verfügbar sind.“

Als Kreistag, das ist mir bewusst, können wir nur einen ganz kleinen Beitrag dazu leisten, diesem Auseinanderklaffen von Armut, von öffentlicher Armut auf der einen und privatem Reichtum auf der anderen Seite entgegenzuwirken, indem wir das, was notwendig und möglich ist, investieren in öffentliche Daseinsvorsorge, in Bildung, in Schulen, in Jugendhilfe, in Gesundheit, in soziale Infrastruktur.

DOCH DANN SOLLTEN SIE, WIR, DIES AUCH SO TUN MEINE DAMEN UND HERREN!

Immer noch krankt der Haushalt der Gemeinden und des Kreises an dem seit Jahrzehnten vorliegenden Verstoß gegen das Konnexitäts-Prinzip, also an dem Prinzip, wonach Bund und Land verpflichtet sind, für die Ausführung ihrer Gesetze auch das dafür notwendige Geld ausreichend zur Verfügung zu stellen.

Den Gemeinden des Kreises geht es jetzt in einer Weise an die Substanz, die für die Sicherstellung der öffentlichen Daseinsvorsorge unerträglich und unakzeptabel ist.

Sehr geehrter Herr Kreiskämmerer Stolz, - zwischen der aktuellen wirtschaftlichen Lage in Europa und in Deutschland besteht natürlich ein großer Zusammenhang zu Steuereinnahmen und zu unserer Kreisumlage.

Die zur Zahlung der Kreisumlage verpflichteten Gemeinden sind am Schluss der Kette und den beißen bekanntermaßen die Hunde.

Ob es klug ist, trotz Klinikneubau und geplanter Sanierung und Anbau beim Landratsamt, explodierende Kosten im Bereich Asyl, die Kreisumlage zu senken, bleibt für DIE LINKE dennoch nicht unbedingt die klügste Entscheidung.

Der Kreis und die Gemeinden sollten liebenswert, auf jeden Fall aber

„ ÜBERRASCHEND LEBENSWERT“

sein. Das geht aber kontinuierlich den Bach hinunter.

„Leuchtturmprojekte“ sind da auf alle Fälle kein Ersatz!

Bevor ich zu den konkreten Anträgen für das Haushaltsjahr 2015 komme, will ich zuerst noch ein Wort zum Krankenhausneubau sagen. Wenn rund 70% der Krankenhäuser in Baden-Württemberg kein positives Ergebnis erreichen, dann ist dies zwar ein Systemfehler, aber keine Planwirtschaft.

Laut Plan müssten nicht die Beschäftigten und der Landkreis die Hauptlast der Investitionen tragen, sondern dazu ist die jeweilige Landesregierung vor allem in der Pflicht.

Mit neoliberalen Sprüchen über Planwirtschaft, die Sie sonst meiner Partei vorwerfen wird man/frau, wir den Strukturproblem der Deutschen Kliniklandschaft nicht gerecht.

Eine Gesundheitspolitik, die im neoliberalen Sinne aus kranken Menschen Fallzahlen und Fallpauschalen macht und damit diese zur Ware degradiert, ist verfehlt. Krankenhäuser dürfen nicht auf profitorientiertes Wirtschaften – so wie es die Gesundheitsreform wollte – ausgerichtet werden.

Die Organisation des Gesundheitswesens ist eine öffentliche Aufgabe. Das Gesundheitswesen darf nicht zum Markt, Gesundheit und Krankheit nicht zu Waren werden.

Die Durchschnittstemperatur wird bis zum Ende des Jahrhunderts um 4,5 Grad ansteigen. Es muss konsequent auch in der Verkehrspolitik umgesteuert werden.

Der Ausbau des ÖPNVs ist nicht nur wichtig für eine nachhaltige Verkehrsentwicklung sondern auch für ein gutes Leben unserer Bürgerinnen und Bürger. Gutes Leben heißt aber Teilhabe für alle zu ermöglichen und soziale, kulturelle, wirtschaftliche Bedürfnisse befriedigen zu können. In unserem wohlhabenden Landkreis leben viele Menschen in Armut oder sind durch diese gefährdet. U.a. beim ÖPNV können wir als Kreistag darauf hinwirken, die Lebensumstände dieser Menschen zu verbessern. Deshalb möchte ich einen Antrag zum Sozialticket stellen. Den Antrag **(Antrag Nr.1.1)** stelle ich nicht, um Sie zu langweilen oder die Verwaltung unnötig zu beschäftigen, sondern weil es dringend notwendig ist zu handeln. So will die SSB eine Marktanalyse zum Sozialticket erstellen, auch der VVS sowie das Regionalparlament arbeitet am Sozialticket. Es wäre schade, wenn der Kreistag hinten anstehen würde

Bereits im Göppinger Stadtrat und Landesweit kämpft DIE LINKE seit Jahren für die Einführung eines Sozialtickets. Hierzu stellt DIE LINKE nun auch einen Antrag im Kreistag. Hierzu sollten in einem ersten Schritt 500 000 € in den Haushalt eingestellt werden. Ich wünsche vor allem für die betroffenen Menschen in dieser Sache ein baldiges und gutes Gelingen.

Die Zeit für Wünsche ist ja nach dem 2. Advent sowieso angesagt...

So gibt es LINKE. Wünsche – Anträge (Antrag Nr. 2.1- 2.3) zum Stellenplan 2015

Für die Belange des ÖPNV muss noch mehr woman/manpower her! Es geht mir nicht darum mit dem Vorwurf des Kompetenzmangels jemanden zu diskreditieren. Es ist keine Kritik an der Leistung der Mitarbeiter in der Kreisverwaltung. Auch ganz sicher nicht an Ihnen Herr Landrat und Ihrem Stab, der sich wohl die eine oder andere Verhandlungsrunde mit dem Bahnmonopolisten DB in der Vergangenheit liefern musste.

Trotzdem, es kann nicht sein, dass wir als Landkreis ohne wirklichen starken Einfluss im Schienennahverkehr auf der Strecke bleiben.

Meine Damen und Herren, die Interessenwahrung im Landkreis, beim Zusammenwirken aller Verantwortlichen, also der Verkehrsträger, der Kunden und ihrer Verbände nur so nebenbei, mitzuverwalten geht gar nicht. Es ist eine eigenständige zusätzliche Kompetenz und Personalressource notwendig.

(Antrag 2.1)

DIE LINKE stellt den Planauftrag and die Verwaltung ein Alternativprojekt statt der S-Bahn zu planen. Projekt „Metropolbahn Kreis Göppingen“. (Antrag 3.1)

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren,

Die Kosten für die Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen erhöhen sich. Die Diskussionen vor Ort – ich habe diese selbst miterlebt – sind teilweise fast unerträglich, man fühlt sich in die 90er Jahre zurückversetzt.

Die Landesregierung muss den Landkreisen und den kreisfreien Städten erheblich mehr finanzielle Mittel zur Verfügung stellen

SIE MEINE DAMEN UN HERREN LANDTAGSABGEORDNETEN KÖNNTEN DIES VERANLASSEN!

Es ist dringend notwendig hier die Personalstellen zu erhöhen. Mit dem Antrag **(Antrag Nr.2.3)** im Bereich Asyl und der damit verbundenen Stellenaufstockung will DIE LINKE erreichen, dass der augenblicklichen Asylflut mit ausreichend Mitarbeitern begegnet wird. DIE LINKE. ist der Auffassung, dass die Asylbewerber es verdient haben, von ausreichend Beschäftigten des Landkreises betreut zu werden. Diese Aufgabe darf nicht dem Kostendruck geopfert werden. Eine neue Stelle ist da zumindest ein fairer Anfang!

Dies gilt auch für den Bereich Soziales. Auch hier Bedarf es einer Stellenaufstockung! Auch hier beantragt DIE LINKE eine zusätzliche Stelle. (Antrag Nr. 2.2)

Der Landkreis muss auch für die finanzielle Seite der Inklusion im schulischen Bereich aufkommen um die UN-Behindertenkonvention umzusetzen: dies gilt für die entstehenden Schülerbeförderungskosten, als Schulträger, für die Eingliederungshilfe und Jugendhilfe.

Dringend notwendig ist eine Änderung des Schulgesetzes damit das Konnexitätsprinzip wieder seine Geltung erhält und das Land dadurch die Kostenübernahme zusichert. Die notwendigen Schulbegleiter müssen zunächst über die Eingliederungshilfe durch den Landkreis finanziert werden, was alles andere als gut läuft.

Diese – auch gerichtliche – Auseinandersetzung darf nicht auf dem Rücken der Kinder und der Eltern erfolgen. Der Landkreis muss zumindest unbürokratisch zunächst diese Kosten übernehmen, ohne dass daraus eine Rechtspflicht abgeleitet wird. Der Landkreis unterstützt im Moment nicht wirklich offensiv diese Schulbegleiter, er bremst eher, d.h. die betroffenen Eltern sind schlecht informiert, was ich bedauere. Wir dürfen hier die betroffenen Eltern nicht alleine lassen bis der Musterprozess, den der Landkreis Tübingen führt, mit einem endgültigen Urteil die rechtliche Seite geklärt wird.

Hierzu wird DIE LINKE ebenfalls einen Antrag stellen! (Antrag Nr.4.1)

Nun vom Mensch zum Tier.... (Anträge Nr.5.1/5.2/6.1)

„Die Größe und den moralischen Fortschritt einer Nation kann man daran messen, wie sie ihre Tiere behandeln. Je hilfloser ein Lebewesen ist, desto größer ist sein Anrecht auf menschlichen Schutz vor menschlicher Grausamkeit.“ (von Mahadma Gandhi)

Das alte Hundehaus im Göppinger Kreis-Tierheim ist total marode und entspricht längst nicht mehr den Vorschriften für eine artgerechte Hundehaltung. Die jetzigen Zwinger z.B. messen deutlich weniger als die gesetzlich vorgeschrieben Größe. Der Gesamtzustand lässt eine baldige Schließung befürchten. Sicherheitsbestimmungen werden nicht mehr wirklich erfüllt. Der Zustand für Tiere und vor allem inzwischen auch für die Mitarbeiter ist nicht mehr duldbar!

Es fehlen die Sozialräume komplett, die Wirtschaftsräume sowie Lagermöglichkeiten, z.B. um durch Großeinkäufe beim Futter Geld zu sparen, sind nicht ausreichend vorhanden. Die Auslaufgehege sind in einem total desolaten Zustand, weil kein Entwässerungssystem vorhanden ist. Für den Neubau fehlte schon lange das Geld. Ein Neubau ist komplett geplant. Die Pläne des Architekten müssen nur umgesetzt werden. Die Kosten liegen bei rund 2 Millionen Euro.

Auch hierzu wird DIE LINKE einen Antrag stellen, der den Kreis, die Kreiskommunen und das Land mit in die Pflicht nehmen soll! (Antrag Nr.5.2)

Vor zwei Jahren wurde ein neues Katzenhaus in Betrieb genommen. Leider wurde nicht bei der Planung an ein Be-u.Entlüftungssystem gedacht. Inzwischen nimmt das neue Gebäude Schaden durch Feuchtigkeit. Erste Schimmelbildung tritt auf. Zum Schutz von Mensch und Tier muss hier nachgearbeitet werden.

Auch hierzu wird DIE LINKE einen Antrag stellen, der den Kreis, die Kreiskommunen und das Land mit in die Pflicht nehmen soll! (Antrag Nr.5.1)

Die finanzielle Situation des Tierschutzvereins zur Erfüllung seiner kommunalen Kreisaufgaben ist mehr als deutlich unterdeckt. Hier muss eine neue Finanzierungsregelung geschaffen werden. Als Beispiel soll der Odenwaldkreis dienen:

Die finanzielle Situation verbesserte sich dort deutlich, als die Gemeinden und Städte des Odenwaldkreises dazu verpflichtet wurden, für die Unterbringung ihrer Tiere einen Obolus an das Tierheim zu bezahlen. Das dortige Tierheim unterstützen auf diese Weise zwölf der 15 Kommunen, die drei restlichen bezahlen an ein zweites kleineres Tierheim in Ihrer Nähe. Der genaue Betrag, den das Würzberger Asyl von den Städten und Gemeinden erhält, berechnet sich nach der Zahl deren Einwohner.

Die Rede ist von 70 Cent pro Kreis-Bürger im Jahr. Dies wären 175.000 € im Jahr aus den Töpfen der 38 Kreiskommunen, die **(8)**

auf die Tierheime Göppingen, Donzdorf und Geislingen größtmäßig verteilt werden könnten. Im Kreis Tübingen sind es sogar 75 Cent.

Auch hierzu stellt DIE LINKE. einen Antrag stellen. (Antrag Nr.6.1)

Nochmals möchte ich das SPD-Wahlprogramm, bemühen:

Unser Land braucht starke Städte, Gemeinden und Kreise. Sie sind der unmittelbare Lebensraum der Menschen in unserem Land und ihre finanzielle Ausstattung entscheidet über Chancengleichheit und gesellschaftliche Teilhabe.

Bis Sie dies in Ihren unterschiedlichen Regierungsverantwortungen hinbekommen, zumindest scheinen sich in Thüringen unter dem neuen LINKEN Ministerpräsidenten Bodo Ramelow GRÜNE/SPD und LINKE auf eine bessere Ausstattung der Kommunen geeinigt zu haben, fordert DIE LINKE Sie hier im Kreistag auf, dennoch seiner Aufgabe als höchster Souverän im Kreis für seine Bürger sozial gerecht zu werden, und zukunftsorientiert für die Kreisbürger zu entscheiden!

Liebe Kreistagskolleginnen und-kollegen, ich denke mal Sie können nachvollziehen, dass ich gespannt auf Ihre Reaktion bezüglich der ersten Anträge der LINKEN im Kreistag bin.

Lassen Sie mich mit folgendem Zitat schließen:

„Denn es geht ja wirklich nicht nur darum, die schlimmsten und dringlichsten Nöte durch individuelle und sporadische Aktivitäten zu lindern, sondern auch darum, die Wurzel des Übels zu benennen, indem man solche Eingriffe vorschlägt, die den sozialen, politischen und wirtschaftlichen Strukturen eine gerechtere und solidarischere Gestalt verleihen.“

Johannes Paul II. (Karol Wojtyła) (1920-2005), polnischer Papst

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit

Göppingen, den 18.Dezember 2014

Christian Stähle (KrR/StR)



HAUSHALTSANTRÄGE Haushaltsjahr 2015

1. Antrag Sozialticket

- 1.1 ANTRAG:** Der Kreis führt in einem 1. Schritt ein Sozialticket ein.
Kosten: 500.000 €
Begründung: Gutes Leben heißt aber Teilhabe für alle zu ermöglichen und soziale, kulturelle, wirtschaftliche Bedürfnisse befriedigen zu können. In unserem wohlhabenden Landkreis leben viele Menschen in Armut oder sind durch diese gefährdet. U.a. beim ÖPNV können wir als Kreistag darauf hinwirken, die Lebensumstände dieser Menschen zu verbessern.

2. Drei Anträge zum Stellenplan 2015

- 2.1 ANTRAG:** Schaffung einer neuen Stelle für einen zusätzlichen Ansprechpartner_in für den gesamten ÖPNV im Landkreis.
Kosten: 55 000 Euro
Begründung: Zur dringenden Verbesserung des ÖPNV, ist es an der Zeit dieses Geld auch zum Nutzen der Bürgerinnen und Bürger einzusetzen.
- 2.2 ANTRAG:** Zusätzliche Stelle im Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD)
Kosten: 55 000 Euro/a
Begründung: um die steigenden Belastungen, Mehrarbeit abzumildern
- 2.3 ANTRAG:** Zusätzliche Stelle im Bereich Asyl
Kosten: 55 000 Euro/a
Begründung: um die steigenden Belastungen, Mehrarbeit abzumildern

3. Ein Planauftrag zum Nahverkehr im Landkreis

- 3.1 ANTRAG:** Die Verwaltung wird beauftragt ein Konzept mit einer S-Bahn-Alternative zu planen. Projekt „Metropolbahn Kreis Göppingen“.
Kosten: Die Verwaltung stellt Mittel hierfür ein
Begründung: Die Machbarkeitsstudie hat das S-Bahn Konzept wirtschaftlich nicht darstellbar gemacht. Über das Konzept einer „Metropol-Bahn“ muss der Kreis eine ausgleichende Alternativ der Bahn vorschlagen

4. Antrag zur geregelten, unbürokratischen Kostenübernahme bei Schulbegleitern

- 4.1 ANTRAG:** Der Kreis wird zukünftig, bis es endgültige Urteile gibt, ohne wenn und aber die Kosten für Schulbegleiter komplett übernehmen
- Kosten:** nach Bedarf durch Elteranträge
- Begründung:** Die notwendigen Schulbegleiter müssen zunächst über die Eingliederungshilfe durch den Landkreis finanziert werden. Die Nicht oder Schleppende Kostenübernahme durch das schwebende Verfahren in Tübingen darf nicht auf dem Rücken der Kinder und der Eltern erfolgen. Der Landkreis muss zumindest unbürokratisch zunächst diese Kosten übernehmen, ohne dass daraus eine Rechtspflicht abgeleitet wird. Der Landkreis unterstützt im Moment nicht wirklich offensiv diese Schulbegleiter, er bremst eher. Wir dürfen hier die betroffenen Eltern nicht alleine lassen bis der Musterprozess, den der Landkreis Tübingen führt, mit einem endgültigen Urteil die rechtliche Seite geklärt wird.

5. Prüfauftrag Tierheim Hundehaus/Katzenhaus

- 5.1 ANTRAG:** Die Kreisverwaltung wird beauftragt mit den Kreiskommunen und der Stadt Göppingen, sowie dem Land zu verhandeln, die zeitnahe Nachbesserung im Katzenhaus zu veranlassen.
- Kosten:** Die Verwaltung stellt hierzu erforderliche Mittel ein.
- Begründung:** Vor zwei Jahren wurde ein neues Katzenhaus in Betrieb genommen. Leider wurde nicht bei der Planung an ein Be-u. Entlüftungssystem gedacht. Inzwischen nimmt das neue Gebäude Schaden durch Feuchtigkeit. Erste Schimmelbildung tritt auf. Zum Schutz von Mensch und Tier muss hier nachgearbeitet werden.
- 5.2 ANTRAG:** Die Kreisverwaltung wird beauftragt mit den Kreiskommunen und der Stadt Göppingen, sowie dem Land zu verhandeln, wie die 2 Millionen Euro zum Neubau eines neuen Hundehaus in 2015 zur Verfügung gestellt werden können um die Dienstbarkeit des Tierheim Göppingen für die Kommunale Aufgabeübernahme sicher zu stellen.
- Kosten:** Die Verwaltung stellt hierzu erforderliche Mittel ein.
- Begründung:** Das alte Hundehaus im Göppinger Kreis-Tierheim ist total marode und entspricht längst nicht mehr den Vorschriften für eine artgerechte Hundehaltung. Die jetzigen Zwinger z.B. messen deutlich weniger als die gesetzlich vorgeschriebene Größe. Der Gesamtzustand lässt eine baldige Schließung befürchten. Sicherheitsbestimmungen werden nicht mehr wirklich erfüllt. Der Zustand für Tiere und vor allem inzwischen auch für die Mitarbeiter ist nicht mehr duldbar! Es fehlen die Sozialräume komplett, die Wirtschaftsräume sowie Lagermöglichkeiten, z.B. um durch Großeinkäufe beim Futter Geld zu sparen, sind nicht ausreichend vorhanden. Die Auslaufgehege sind in einem total desolaten Zustand, weil kein Entwässerungssystem vorhanden ist. Für den Neubau fehlte schon lange das Geld. Ein Neubau ist komplett geplant. Die Pläne des Architekten müssen nur umgesetzt werden. Die Kosten liegen bei rund 2 Millionen Euro.

6. Kreis-Tier Einwohner – Kopfpauschal - Abgabe

6.1 ANTRAG: Der Kreis führt eine Tierabgabe ein, nach anderen Modellen in Deutschland. Es sollen 70 Cent pro Bürger im Kreis, je Stadt bzw. Gemeinde entrichtet werden. Dies sind bei 250 000 Einwohnern im Jahr 175.000 €.

Für Göppinger Tierheim somit 100.000 €, Donzdorf 35.000 € und für Geislingen 40.000 €

Kosten: keine, da dies von den Kommunen übernommen wird.

Begründung: Das alte Hundehaus im Göppinger Kreis-Tierheim ist total marode und entspricht längst nicht mehr den Vorschriften für eine artgerechte Hundehaltung. Die jetzigen Zwinger z.B. messen deutlich weniger als die gesetzlich vorgeschrieben Größe. Der Gesamtzustand lässt eine baldige Schließung befürchten. Sicherheitsbestimmungen werden nicht mehr wirklich erfüllt. Der Zustand für Tiere und vor allem inzwischen auch für die Mitarbeiter ist nicht mehr duldbar! Es fehlen die Sozialräume komplett, die Wirtschaftsräume sowie Lagermöglichkeiten, z.B. um durch Großeinkäufe beim Futter Geld zu sparen, sind nicht ausreichend vorhanden. Die Auslaufgehege sind in einem total desolaten Zustand, weil kein Entwässerungssystem vorhanden ist. Für den Neubau fehlte schon lange das Geld. Ein Neubau ist komplett geplant. Die Pläne des Architekten müssen nur umgesetzt werden. Die Kosten liegen bei rund 2 Millionen Euro.

7. Aufwandsentschädigungen

7.1 ANTRAG: Einzelkreisräte erhalten zukünftig ein Viertel der Aufwandsentschädigungen für infrastrukturelle Arbeit analog den Fraktionen. Da eine Fraktion mindestens aus vier Mitgliedern besteht, § 3 wird hierzu ergänzt.

erhält ein Einzelkreisrat somit ein Viertel dieses Betrages.

Kosten: jährliche Mehrkosten bei einem Einzelkreisrat= 162,50 € + 60.- € =222,50 €

Begründung: Bei den Aufwandsentschädigungen werden Fraktionen bevorzugt. Fraktionslose Einzelkreisräte erhalten nur eine zeitliche Aufwandsentschädigung, nichts für infrastrukturelle Belange. Dies widerspricht einer Gleichbehandlung und macht Einzelkreisräte zu Kreisräten 2.Klasse.